



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

GdW: Umsatzsteuersenkung für Fernwärme ist wichtiger Baustein zum Abfedern der Energiekrise

29.09.2022 Fachinformation

Die ab 1. Oktober vorgesehene Reduzierung der Umsatzsteuer auf Gaslieferungen wird auch für Fernwärme gelten. Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages hat dem am 28. September 2022 in einer Sondersitzung zugestimmt. Damit wird die Umsatzsteuer auf Gas- und Fernwärmelieferungen bis zum 31. März 2024 von 19 auf sieben Prozent gesenkt.

Dazu sagte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW:

„Die Senkung der Umsatzsteuer auf Gas und jetzt auch Fernwärme ist ein richtiger und wichtiger Schritt, um die Verbraucher bei den extremen Energiekostensteigerungen zu entlasten. Damit wird eine zentrale Forderung der sozial orientierten Wohnungswirtschaft umgesetzt. Denn Fakt ist: Durch die hohen Energiepreise nimmt der Staat derzeit ohnehin viele Milliarden an zusätzlichen Steuergeldern ein. Dieses Geld muss in der akut werdenden Krise zur Entlastung der Bürger und Unternehmen eingesetzt werden. Gerade in strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland erhalten viele Haushalte ihre Heizenergie durch Fernwärme. Hier sind die Menschen besonders stark von der Energiekrise betroffen und benötigen dringend finanzielle Entlastung. Dazu leistet die Umsatzsteuersenkung einen Beitrag. Um den Menschen in ganz Deutschland in der Energiekrise schnell und wirksam unter die Arme zu greifen, muss aber zusätzlich sehr schnell ein Gaspreisdeckel eingeführt werden. Wir setzen hier auf die Arbeit der Gaskommission. Die Regierung muss den Vorschlägen der Kommission dann auch Gehör schenken. Nur so kann eine finanzielle Überlastung von Mieten mit mittleren und niedrigen Einkommen sowie sozial orientierten Wohnungsunternehmen zügig und gerecht verhindert sowie der soziale Frieden in Deutschland gesichert werden.“

<https://bbu.de/beitraege/gdw-umsatzsteuersenkung-fuer-fernwaerme-ist-wichtiger-baustein-zum-abfedern-der-energiekrise>